

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 3

Artikel: Olympia-Boykott : 3 Aspekte
Autor: Sager, Peter / Bruderer, Georg / Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Olympia-Boykott: 3 Aspekte

«Olympische Spiele in Moskau: aus politischer Sicht ein Fehler, aus menschlicher Sicht ein Verrat und aus legaler Sicht ein Verbrechen.» So hatten wir in der vorletzten Nummer (S. 5) Wladimir Bukovsky zitiert, Als Beitrag zu einer, wie wir meinten, vielleicht nur momentan verstärkten Diskussion im Westen. Aber tatsächlich hat sich die Diskussion seither nicht abgeflacht, sondern hat politische Dimensionen gewonnen. Heute ist der Boykott, für den u. a. die ameri-

kanische und britische Regierung eintraten, in den Bereich des real Möglichen gerückt. Wir greifen nunmehr in separaten Beiträgen drei Aspekte zum Thema auf: Aus der politischen Sicht der Machbarkeit und Verhältnismässigkeit von Retorsionsmassnahmen, aus der menschlichen Sicht der sowjetischen Bevölkerung und aus der legalen Sicht der Olympischen Charta gemessen an der sowjetischen Gesetzgebung.

Moskau ist nicht Melbourne

Älter noch als diese Zeitung, die jetzt im 21. Jahrgang erscheint, ist die Diskussion um die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vor allem auf den Gebieten des Handels und des Sportes.

Eine der ersten Folgen des 1956 durch die Sowjetunion gewaltsam, verräterisch und widerrechtlich niedergeschlagenen Freiheitskampfes der Ungarn war der Verzicht auf die Teilnahme der Schweiz an den Olympischen Spielen im australischen Melbourne. Eine weitere Folge war die Aechtung des Wirtschaftsverkehrs durch die öffentliche Meinung, die nach der Berliner Mauer 1961 und der Kubakrise 1962 dann sogar ernstlich ein Osthandelsverbot postulierte.

Beidemale waren wir anderer Ansicht. Mit dem Verzicht auf die Beschickung der Spiele in Melbourne wurde ein Gastgeber bestraft, der keine Strafe verdient hatte, und ein Signal gesetzt, das keine Wirkung zu erzielen vermochte und sich eben deshalb eher kontraproduktiv auswirken musste.

Das Verbot des Osthandels war nicht nur illusorisch, weil undurchführbar, sondern missachtete auch die Beziehungen zwischen Ost und West als Elemente des uns aufgezwungenen politischen Krieges. Es ist eben nicht der Verzicht auf die Teilnahme an dieser Auseinandersetzung, die uns den Sieg sichert. Vielmehr müssen wir lernen, die Beziehungen auf allen Ebenen — der wirtschaftlichen, sportlichen, kulturellen, wissenschaftlichen — als Bestandteil des politischen Krieges zu begreifen und einzusetzen.

Daher forderten wir für alle Beziehungen eine Leistungskonkurrenz unter gleichen Voraussetzungen, ferner eine solche Koordinierung der westlichen Kontaktpolitik, dass sie elastisch und flexibel auf Massnahmen des Ostens eingestellt werden kann.

Diese notwendigen Bedingungen als Rahmen für die grundsätzlich befürworteten Beziehungen sind nicht eingehalten worden. Einer der schlimmsten Verstösse gegen unsere Konzeption waren und sind die langfristigen Kredite, mit denen der Westen letztlich das Sowjetsystem geradezu subventioniert hat. Davor haben wir immer wieder gewarnt, dagegen auch protestiert. Es ist daher sinnvoll und zu begrüßen, dass in einer durch Afghanistan aufgeweckten Öffentlichkeit die Frage der Handelsbeschränkungen mit der UdSSR wiederum diskutiert wird. Unsere Faustregel hat immer geheissen: Export von Konsumgütern ja, nicht aber von technologisch wichtigen Produktionsmitteln. Eine Eingrenzung des Technologieexportes entspricht unseren Anliegen genauso wie der Verzicht auf die Kreditierung unserer Exporte.

Mehr noch steht gegenwärtig die Teilnahme des Westens — auch der Schweiz — an den Sommerspielen zur Diskussion. Bei aller grundsätzlichen Befürwortung von sportlichen Kontakten sind die konkreten Verhältnisse und Bedingungen in jedem einzelnen Fall zu beachten.

Für die diesjährigen Sommerspiele wurde Moskau gewählt — keine glückliche Wahl, weil sie die Spiele in den Bereich der Politik geführt hat. Nach den Spielen in Berlin 1936 hätte man sich darüber im klaren sein können und müssen. Wie ein englischer Kommentator angemerkt hat: Wer beweisen will, dass die Olympischen Spiele mit Politik nichts zu tun haben, führt sie nicht in Moskau durch; wer beweisen wollte, dass Olympische Spiele nichts mit Religion zu tun haben, organisiert sie weder im Vatikan noch in Mekka. Nach dem Beschluss, vor Jahren gefasst, hat nun allerdings die Sowjetunion allzu vieles «passieren» lassen, was die Teilnahme westlicher Länder ernsthaft in Frage stellen muss. Die In-

vasion Afghanistans und die Verbannung Sacharows haben jetzt die konkrete Möglichkeit geboten, den falschen Beschluss zu korrigieren.

Natürlich kann der Boykott der Moskauer Spiele diese Geschehnisse nicht rückgängig machen. Aber als eine von mehreren Massnahmen wird sie eine erhebliche Wirkung auf den Gastgeber ausüben.

Bedingung ist allerdings, dass sich eine genügende Zahl von Ländern aus der Ersten und Dritten Welt dem Boykott anschliessen. Das ist eine politisch richtige Haltung im spezifischen Fall.

Gleichzeitig kann der grundsätzlichen Befürwortung sportlicher Kontakte in Lake Placid voll Genüge geleistet werden: es wäre falsch, die sowjetischen Sportler von den Winterspielen in den USA auszuschliessen. Der Boykott, der trifft, richtet sich gegen den Gastgeber, nicht gegen Mitspieler.

Peter Sager



Nein zum Boykott («Narodna mladest», Sofia, 27. 1. 80).

Boykott und Sowjetbürger

Die Diskussion um die Durchführung der Olympischen Spiele 1980 in der Sowjetunion nimmt an Heftigkeit immer mehr zu. In diesem Zusammenhang spricht man auch von den möglichen Auswirkungen eines Boykotts auf die Sowjetbevölkerung, wobei nicht selten die Meinung zu hören ist, dass ein Boykott der Spiele die Sowjetbürger schmerzhaft treffen würde, ja von ihnen sogar als eine Beleidigung empfunden werden müsste. Will man diese Frage richtig beurteilen, muss man das Verhältnis der Sowjetbürger zum Sport überhaupt und zu jenen Spielen speziell berücksichtigen. Entgegen der bei uns oft geäusserten Behauptung, dass Sport von der Politik zu trennen sei, ist der Sowjetbürger durch jahrzehntelange Propaganda der eigenen Massenmedien fest davon überzeugt, dass Sport von der Politik nicht zu trennen ist. Man hat ihm gesagt und es tausendfach wiederholt, dass jede sportliche Spitzenleistung eine Heldentat für das Vaterland sei, dass die sowjetischen sportlichen Spitzenleistungen nur den Vorzügen des sowjetischen gesellschaftlichen Systems zu verdanken seien und dass die Partei durch ihre Förderung des Sportes den Dank aller Sowjetsportler verdiene. Auch die Sommerspiele 1980 wurden durch die Propaganda direkt mit der Politik in Verbindung gebracht. So hiess es, dass diese Olympischen Spiele alle bisherigen übertreffen würden, weil sie erstmals in einem sozialistischen Land durchgeführt würden.

Die Vorbereitungen auf die Spiele hatten bis jetzt für den durchschnittlichen Sowjetbürger eigentlich nur negative Auswirkungen: Es ist bekannt, dass die besonders seit Anfang 1979 bestehenden Mängel in der Versorgung mit Lebensmitteln und vielen Konsumgütern mit den Bedürfnissen der «Olympiade» bzw. der grossen Zahl von ausländischen Besuchern verbunden sind. Zu den

negativen Erscheinungen im Vorfeld der Spiele gehören auch die Einreisebeschränkungen nach Moskau, Leningrad, Kiew, Minsk und Tallinn sowie verschiedene administrative Massnahmen gegenüber unbequemen Regimekritikern und Andersdenkenden.

Diese Ueberlegungen erlauben die Schlussfolgerung, dass ein Boykott der Sommerspiele von den Sowjetbürgern kaum missverstanden würde. Die Leute würden das nicht als eine Geste gegen die Bevölkerung empfinden, sondern als eine politische Massnahme gegen die Politik der Kremführung, namentlich wegen der Afghanistan-Invasion.

Wenn man die drei auf Initiative der USA vorgesehenen Massnahmen gegen die UdSSR hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Sowjetbürger vergleicht, kommt man zu folgenden Ergebnissen:

- **Reduktion der Getreidelieferungen.** Die sowjetische Propaganda wird diese Massnahme bestimmt nicht hochspielen, um die Abhängigkeit vom Ausland und die Mängel der eigenen Landwirtschaft nicht zu dokumentieren. Das heisst aber, dass viele Sowjetbürger den Zusammenhang zwischen der Aggression gegen Afghanistan und den wahrscheinlichen Schwierigkeiten in der Brot-/Fleischversorgung nicht erblicken werden.

- **Reduktion der technologischen Hilfe.** Die Lieferung oder künftig nun eben die Nichtlieferung von hochentwickelten Geräten, vor allem von Computern, interessiert aus naheliegenden Gründen nur bestimmte technisch-wissenschaftliche Kreise und wird von der Mehrheit der Bevölkerung kaum zur Kenntnis genommen.

- **Demgegenüber hat schon jetzt der «Olympiade»-Boykott einen sehr hohen Bekanntheitsgrad erreicht, einerseits, weil die Spiele an sich ein (seit Jahren durch die Propaganda geförderter)**



Wladimir Bukovsky befürwortet mit kompromisslosen Argumenten den Boykott der Moskauer Sommerspiele. Zur Erinnerung an die historische Parallele will Bukovsky eine vorolympische Gedenkveranstaltung in Berlin durchführen, in jenem Stadion genau, in welchem Hitler 1936 die Spiele eröffnete. Der Gedanke ist in Regierungskreisen der BRD offenbar positiv aufgenommen worden, und eine internationale Beteiligung müsste zustandekommen.

internationales Grossereignis sind und andererseits, weil die Sowjetpresse mit der üblichen Desinformation und mit Schimpftiraden gegen die Boykottanhänger die Bevölkerung darüber orientiert hat.

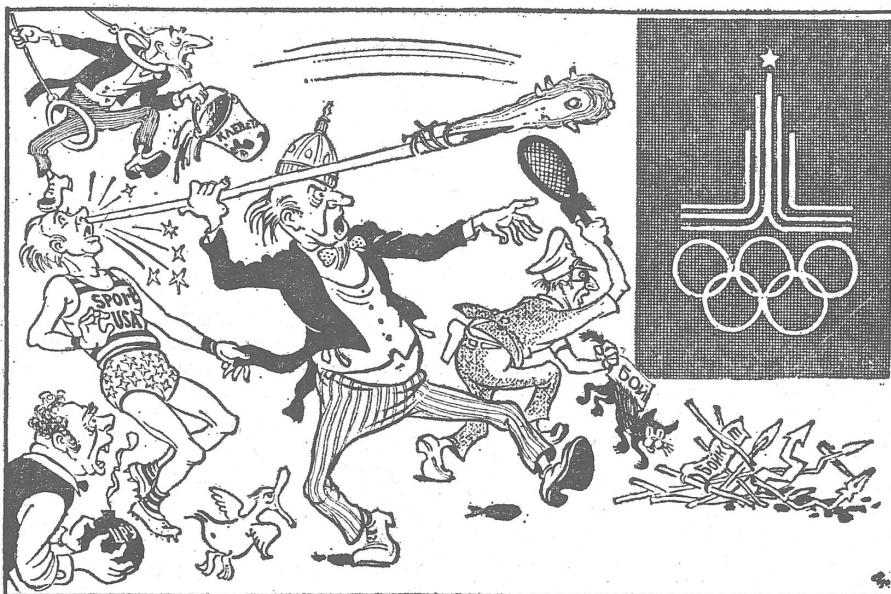
Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass der Boykott einen grossen Eindruck auf die Sowjetbürger machen wird, eine Art Signalwirkung im Sinne politischer Aktion gegen die Kremführung.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung des Boykotts im Sinne der Information der Sowjetbürger über die Afghanistan-Invasion bzw. über die weltweite Reaktion der Öffentlichkeit auf diese sowjetische Aggression. Die Sowjetpropaganda muss über den Olympiade-Boykott viel mehr und viel ausführlicher informieren als über die beiden anderen Massnahmen. Sie versuchte zwar zunächst den Boykott herunterzuspielen, muss aber jetzt, wenn auch widerwillig und gelogen, über das Ausmass und die Ursachen des Boykotts berichten.

Es ist bezeichnend, dass nicht nur bekannte Dissidente, wie Maximow und Bukovsky, sondern auch die in den letzten Tagen und Wochen ausgewanderten Sowjetbürger den Boykott befürworten, namentlich wegen der psychologischen Wirkung dieser Massnahme auf die Sowjetbevölkerung als einer Demonstration politischer Solidarität vieler Länder bei der Verurteilung der Aggression gegenüber Afghanistan.

Die finanziellen Einbussen wegen des Ausbleibens vieler erwarteter ausländischer Besucher spielen für die Sowjetführung nur eine nebensächliche Rolle. Am schmerzlichsten trifft der Boykott die Kremführung durch die Verhinderung der gigantischen Propagandashow und durch die genannte psychologisch-politische Wirkung auf die Bevölkerung.

Georg Bruderer



Der amerikanische Speerwerfer versucht erfolglos, mit seinen Kumpanen gegen das sowjetische Olympia-Signet anzukämpfen. Eine Karikatur der Moskauer Zeitung «Sowjetskaja Rossija» vom 2. 2. 1980. Den Schaden der Boykottandrohung trägt nach dieser Darstellung ganz allein der amerikanische Sport, der eins an die Nase kriegt. Natürlich kann die Sowjetunion die Spiele notfalls auch im Freundeskreise durchführen, aber sowohl die internationale als auch die nationale Öffentlichkeit würde den Abstrich mit Sicherheit zu wert wissen.

Kriterium Olympische Charta

Wenn man die Bestimmungen der Olympischen Charta zum Gradmesser nimmt, so ergibt sich, dass die Sowjetunion nicht Austragungsland Olympischer Spiele sein darf. Es ergibt sich ferner, dass das sowjetische Olympische Komitee aus der olympischen Bewegung ausgeschlossen werden muss. Wollte man die Charta ernst nehmen, so müsste die UdSSR den Weg Südafrikas gehen.

Die Olympische Charta des Internationalen Olympischen Komitees (IOK) führt unter den Zielen der olympischen Bewegung (Art. 1) die Förderung der gegenseitigen Freundschaft und ihren Beitrag «zum Aufbau einer besseren und friedlicheren Welt» an.*

In Artikel 3 heisst es: «Gegen ein Land oder eine Person ist keinerlei Diskriminierung aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen erlaubt.»

Aus dem Verbot der Diskriminierung eines Staates aus politischen Gründen kann man den — indirekt formulierten — Grundsatz der Trennung von Sport und Politik ableiten. Aber ebenso indirekt darf auch als Voraussetzung unterstellt werden, dass die Politik des jeweiligen Staates nicht dem Frieden zuwiderlaufen darf; sonst würde sich ein Widerspruch zu Artikel 1 ergeben.

Expressis verbis ist der Grundsatz der Trennung von Sport und Politik in der Olympischen Charta nicht enthalten. Er wird zwar viel zitiert, aber nur sinngemäss.

Sport und Politik

Ob charta-gestützt oder nicht: Die Meinung, dass Sport und Politik voneinander zu trennen

* Alle Zitate aus der Olympischen Charta nach dem offiziellen französischen Text.



Edler Griesgram, stiller Schmolter. Aus dem Titelbild der Olympischen Charta, herausgegeben vom Internationalen Olympischen Komitee, Lausanne 1979: Antiker Kopf.

seien, ist exklusiv westlich. In den kommunistisch regierten Staaten ist man ganz offiziell entgegengesetzter Meinung: Sport und Politik dürfen von einander nicht getrennt werden!

«Ja, Politik und Sport sind miteinander verbunden. Die Sowjetunion weigerte sich, ihre Fussball-Auswahl in dem mit dem Blut chilenischer Patrioten getränkten Stadion von Santiago spielen zu lassen. Dieser politische Schritt fand Verständnis, Unterstützung und Billigung der fortschrittlichen Sportorganisationen und Sportfunktionäre vieler Länder.» («Sport in der UdSSR. Fragen und Antworten», APN-Verlag, Moskau 1974, S. 60)

Wenn man jetzt auch in andern Ländern die Untrennbarkeit von Sport und Politik betont, schliesst man sich damit der sowjetoffiziellen Auffassung an. Da darf Moskau doch gar nichts dagegen haben, oder?

Und wenn die olympische Bewegung einer friedlicheren Welt dienen soll, scheint es geradezu eine Selbstverständlichkeit zu sein, die Olympischen Spiele nicht ausgerechnet in der Hauptstadt einer Grossmacht abzuhalten, die Aggressionskriege führte und führt.

Nach sowjetischer Auffassung ist der Sport mit Politik nicht nur zu verbinden, sondern vielmehr ihr unterzuordnen.

Eben hat sich (Ende Januar) in der UdSSR das zuständige Gremium mit der Vorbereitung der Olympischen Spiele angesichts der jetzigen Umstände befasst. War dieses Gremium etwa das Nationale Olympische Komitee (NOK) der Sowjetunion? Nein, es war eine eigens einberufene Vertretung der kommunistischen Parteien des Ostblocks. Und dieses politisch-ideologische Gremium hat Entscheide getroffen, die es dem NOK, dem Sportministerium und den «übrigen Vorbereitungsorganen» (das NOK ist nichts weiter) als verbindliche Weisungen zugestellt hat.

Das sowjetische Olympische Komitee

und seine Stellung

Die Olympische Charta hält in Artikel 12 über die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees fest:

«Sie dürfen von keiner Regierung, Organisation oder Privatperson ein Mandat annehmen, das sie binden oder die Freiheit ihrer Stimmabgabe beeinträchtigen könnte.»

Sowjetische Vertreter in diesem Gremium dürfen diese Bestimmung schon gar nicht befolgen, weil sie laut ihrer eigenen Normengebung auf die Verteidigung der Interessen von Staat und Partei verpflichtet sind. Den Parteimitgliedern (und wer unter ihnen wäre nicht Mitglied?) schreibt z. B. die Parteiverfassung (Parteistatut, Art. 2/g) restlose Unterordnung unter die KPdSU ausdrücklich vor.

Im Zusammenhang mit den Nationalen Olympischen Komitees (NOK) sagt Artikel 24/C der Olympischen Charta:

«Die NOK müssen ihre Autonomie bewahren und allen politischen, religiösen und wirtschaftlichen Druckversuchen widerstehen. Zur Erreichung dieser Ziele können die NOK mit priva-

ten oder staatlichen Organisationen zusammenarbeiten. Indessen dürfen sie sich mit keiner Tätigkeit verbinden, die den Prinzipien der olympischen Bewegung oder den IOK-Regeln widersprechen würde.»

Das sowjetische Olympische Komitee ist natürlich eine «gesellschaftliche Organisation», die nominell nicht in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zum Staat steht. Aber gerade als gesellschaftliche Organisation untersteht sie auch nominell ganz direkt der Partei. Das kommt in der Staatsverfassung (und im Parteistatut) zum Ausdruck.

Artikel 6 der geltenden sowjetischen Verfassung von 1977 hält fest:

«Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen Organe und der gesellschaftlichen Organisationen ist die KPdSU.»

Und Artikel 51 macht die politische Auflage jeder gesellschaftlichen Organisation klar:

«In Übereinstimmung mit den Zielen des kommunistischen Aufbaus haben die Bürger der UdSSR das Recht, sich in gesellschaftlichen Organisationen zu vereinigen, die zur Entwicklung der politischen Aktivität (...) beitragen.»

Beide Verfassungsartikel belegen, dass auch das sowjetische Olympische Komitee als gesellschaftliche Organisation der Parteipolitik (und dadurch auch der Staatspolitik) offiziell untergeordnet ist. Das sowjetische NOK ist also entgegen der Bestimmung der Olympischen Charta nicht autonom und kann es gar nicht sein.

Der zitierte Artikel 24/C der Olympischen Charta verpflichtet die einzelnen Nationalen Olympischen Komitees zum Widerstand gegen politischen Druck. Wie aber könnte das sowjetische Komitee Widerstand leisten, wenn jegliche Opposition verfassungswidrig ist?

Im übrigen nehmen alle Sportorganisationen der UdSSR die Weisungen des Sportministeriums an. Die sowjetische Fachliteratur verheimlicht das keineswegs; sie betont es vielmehr. (Zum «engen Kontakt» zwischen Sportministerium und NOK siehe «UdSSR heute und morgen. Sport», APN-Verlag, Moskau 1978, S. 26)

Das sowjetische Olympische Komitee entbehrt ganz einfach der Voraussetzungen, um den Bestimmungen der Olympischen Charta zu genügen. Ihm fehlt definitionsgemäss sowohl die Unabhängigkeit («Autonomie») als auch die Möglichkeit, politischem Druck zu widerstehen. Das ist keine westliche Unterstellung, sondern sowjetische Gesetzgebung.

Genaugenommen wäre das Internationale Olympische Komitee sogar verpflichtet, aufgrund der sowjetischen Verfassung dem sowjetischen NOK seine Anerkennung zu versagen.

«Olympiade 80»

Für die Durchführung der Sommerspiele besteht in der Sowjetunion ein Organisationskomitee unter der Bezeichnung «Olympiade 80». (Eigentlich — und auch in der Definition der Olympischen Charta — bezeichnet «Olympiade» den Zeitraum von vier Jahren vor den jeweiligen Olympischen Spielen.) Dieses Komitee hat verschiedene Kommissionen. Eine von ihnen ist für das Kulturprogramm zuständig. Sie wird von einem Vizeminister der Zentralregierung geleitet. Das Kulturprogramm ist übrigens enorm und dient dem erklärten Zweck, die sowjeti-

schen Leistungen zu propagieren («Agitator», Moskau, Nr. 18/79).

Spiele für den Sozialismus

Die Sportler haben in der Sowjetunion (und im übrigen Sowjetlager) die Aufgabe, die Ueberlegenheit des Sozialismus auf ihrem Gebiet zu beweisen, unter anderem durch ihre Siege (siehe separate Zitate auf der 3. Spalte).

Seit 1952, als Sowjetsportler erstmals an den Olympischen Spielen teilnahmen, schärft man ihnen ständig ein, sie hätten sich als Propagandisten ihres sozialen Systems zu verstehen und zu bewähren.

Der Sowjetstaat unterstützt denn auch seine «Staatsportler» entsprechend. Während gewöhnliche Sportler vom Staat lediglich ihre «Kaloriengelder» kriegen, erhält der Spitzen-

sportler einen nominellen Posten (beim Staat, bei der Partei oder in der Armee), sucht aber seinen «Arbeitsplatz» höchstens zum Lohnempfang auf. Das widerspricht den Bedingungen zur Teilnahme an den Olympischen Spielen gemäss der Olympischen Charta: klar im Wortlaut von Artikel 26, viel weniger klar allerdings in den Ausführungsbestimmungen, die eine Summierung von Verdienstausschüttung und vielen andern Leistungen zulassen.

Aber um den ohnehin besch...ummelten Amateurstatus geht es ja nicht, obwohl der Betrug hier nicht von unverantwortlichen Kommerzträgern, sondern von verantwortlichen Staatsorganen durchgeführt wird. Es geht darum, dass die Sowjetunion gemäss der Olympischen Charta für die Durchführung der Olympischen Spiele disqualifiziert ist.

Laszlo Revesz

Zum Thema Sport und Politik

Sowjetische Auskünfte

Die im Westen populäre Parole «Sport hat nichts mit Politik zu tun» wird in der UdSSR nicht unterstützt. Diese Lösung ist für uns schon deswegen nicht annehmbar, weil der Sowjetstaat und die sowjetischen Menschen den Sport (...) als Mittel betrachten, das dem Frieden dient.

Wenn sich sowjetische Vertreter beispielsweise für den Ausschluss der Rassisten der Republik Südafrika und Rhodesiens aus der olympischen Bewegung einsetzen, so sind das natürlich politische Aktionen. Doch ist das eine Politik im Interesse des Friedens, eine Politik, mit der die olympischen Ideale durchgesetzt werden sollen, die keine Diskriminierung im Sport zulassen.

Als die sowjetischen Fussballspieler sich weigerten, im Stadion von Santiago aufzutreten, in dem das Blut chilenischer Patrioten geflossen war (...), so war das natürlich ebenfalls Politik. Das war die Politik des Kampfes und des Protestes gegen die faschistischen Regimes. Und diese Politik ist allen ehrlichen Menschen nahe (...).

Sport ist ein Botschafter des Friedens (...). Wir können es nicht ernstnehmen, wenn jemand von einem Sport spricht, der ausserhalb der politischen Verhältnisse existieren soll.

Die Vertreter des sowjetischen Olympischen Komitees wirken für weitere Demokratisierung der internationalen Olympischen Bewegung. Sie setzen sich insbesondere dafür ein, dass die Vertreter von Ländern mit rassistischen Regimes (...) nicht an den Olympischen Spielen teilnehmen dürfen (...). Sport im Interesse des Weltfriedens – das ist der Wahlspruch der sowjetischen Olympioniken und ihrer Vertreter im Internationalen Olympischen Komitee.

Sergej Popow und Alexej Srebnizki:
«Sowjetsport in Fragen und Antworten» APN-Verlag, Moskau 1979

Begeisternde, spannende und mitreissende Wettkämpfe geben Zeugnis von der hohen Leistungskraft des Sports. Allen voran beweisen die Sportlerinnen und Sportler der UdSSR die Ueberlegenheit von Körperkultur und Sport im Sozialismus (...).

Die völkerverbindende olympische Idee wird im Mutterland des Sozialismus-Kommunismus gewiss ihren bisher grössten Triumph feiern.

Manfred von Brauchitsch im Vorwort zu «Spiele der XXI. Olympiade – Montreal 1976».
Sportverlag, Berlin (Ost) 1976

Der ständig wachsende Einfluss des sowjetischen Weltsystems führte auch zu einer Verlagerung des Kräfteverhältnisses im Sport. Die Ueberlegenheit der sowjetischen Sportlerinnen und Sportler in der Mehrzahl der Disziplinen ist ein sichtbarer Beweis dafür. Die Olympiamannschaft der DDR, die in fester Freundschaft und herzlicher Verbundenheit mit den Sportlern der UdSSR und der andern Bruderländer hervorragende Leistungen zeigte, trug ebenfalls zur Stärkung des Sozialismus bei.

Brauchitsch im Vorwort zu «XII. Olympische Winterspiele – Innsbruck 1976».
Berlin (Ost) 1976

Unsere Meinung

Geröllsteine am Olymp

Immerhin sei zu bedenken, dass es zwischen den Olympischen Spielen von Berlin 1936 und den Olympischen Spielen von Moskau 1980 doch Unterschiede gebe. So las ich von einem, der gegen den Boykott ist. Nun ja, einen Unterschied gibt es gewiss: 1936 hatte Hitler die Tschechoslowakei noch nicht überfallen.

Und wir Sportler sollten jetzt dafür bestraft werden, dass die Russen wieder einmal etwas angeordnet haben? Diese begreifliche Frage hörte ich (via Fernsehen) von einem wahrhaftig Betroffenen. Gesetzt: Ich habe mich mit meiner Familie vom Herrn Müller einladen lassen. Zugegeben, ich hatte es unterlassen, mir über seinen gemeinen Charakter Rechenschaft zu geben. Aber nun ertappe ich ihn in flagranti, wie er auf kleine türkische Gastarbeiterkinder einschlägt. Und zu den ratlos herumstehenden Passanten (er ist stark) sagt er, solche Typen wie ich hätten die Brut dazu angestiftet, jawoll, ihn zu bedrohen. Nun kann ich den Müller nicht verhaufen (wie gesagt: er ist stark), aber dass ich seine Einladung als erledigt betrachte, ist die minimalste Selbstverständlichkeit. Doch nun liegen mir daheim die eigenen Kinder in den Ohren: Wir hatten uns doch so gefreut. Sollen denn wir dafür bestraft werden, dass du Krach mit dem Müller hast?

Allerdings muss man den Tadel gelten lassen: Es wäre schon vorher zu merken gewesen. Nicht nur die permanenten Zustände der KZ und psychiatrischen Zuchthäuser. Auch die brandneuen Massaker in der Dritten Welt. Kindermorde en gros in Äthiopien. Lidice mal hundert in Angola. Der grausamste Kolonialkrieg unserer Zeit. Kommandiert von den weissen Herren im Kreml gegen die Massen der farbigen Bevölkerung. Die Zehntausende von Opfern wären

eigentlich sogar ein besserer Grund zum Aufmerken gewesen als die Weiterungsgefahr der Afghanistan-Invasion auf die Oelfelder am Persischen Golf. Aber wenn man es schon mit Verspätung gemerkt hat, ist das noch kein Grund, die «Konsequenz» so zu üben, dass man auch weiter nicht dergleichen tut.

Eine Mehrzahl der sowjetischen Dissidenten ist (wenigstens jetzt) für den Olympia-Boykott. Aber es hat auch Dissidente gegeben, die (wenigstens vor «Afghanistan») anders dachten. Sie wünschten sich möglichst viele westliche Besucher zwecks möglichst grosser Bekundung von Solidarität mit den Unterdrückten gegen die Unterdrücker. Auch das wäre eine Lösung. Aber illusionslos betrachtet: Dazu brauchte es von seiten der Durchschnittswestler keine kleinere Umstellung, als es die Umstellung von der Teilnahme auf Nichtteilnahme wäre. Und was auf keinen Fall angeht: die Stimmen solcher Olympia-Befürworter aus der Sowjetunion hier im Westen zur Stärkung jener Olympia-Befürworter zu gebrauchen, die möglichst rasch zur gewohnten – und gewohnt falschen – Détente zurückkehren möchten. Denn die fraglichen Dissidenten meinen genau das Gegenteil.

Die solidarische Präsenz in Moskau bleibt zweite Wahl. Wenn sich der Boykott doch nicht als durchführbar erweisen sollte, dann wäre es besser, Moskau nicht ganz den Gästen zu überlassen, die der herrschaftlichen Propaganda dienlich sind. Das könnte übrigens immer noch das Resultat einer Boykott-Bewegung sein, die über den Anlauf nicht weit hinaus käme. Deshalb ist die Variante des individuellen Boykotts (jeder nach seinem Gewissen) praktisch weniger gut als theoretisch.

Der organisierte Boykott hat diesmal eine praktische Chance. Deshalb ist er grundsätzlich zu befürworten. Der halbe Widersinn ist in der Politik begründet, bei der «richtig» und «tauglich» nicht immer deckungsgleich sind.

Bei alledem: Der Boykott einer Sportschau ist nicht die Antwort auf kriegerische Eroberungen und Massensterben, sondern höchstens ein materiell geringfügiger Teil davon. Seine eigentliche Wichtigkeit liegt «bloss» darin, dass er ein Zeichen setzt: So geht es nicht weiter.

cb